

## FREIE SICHT



**Reiner Eichenberger**  
Professor für Wirtschaftspolitik,  
Universität Freiburg

## Mitsprache für Ausländer

**D**ie Zuwanderung in die Schweiz ist und bleibt hoch, der Ausländeranteil wächst weiter. Bei den 35-Jährigen beträgt er landesweit bereits 40 Prozent, in manchen Kantonen sogar um die 55 Prozent. Eine Ursache dafür ist die direkte Demokratie. Sie bringt eine partnerschaftliche Beziehung zwischen Bürgern und Staat, gute Politik, Wohlstand – und damit Zuwanderung. Wie aber soll sie ihre Kraft weiterhin entfalten, wenn immer mehr Einwohner politisch nicht integriert sind? Auch dafür böte die direkte Demokratie eine Lösung. Sie gibt den Bürgerinnen und Bürgern zweierlei: Mitbestimmungsrechte durch die Teilnahme an Sachabstimmungen sowie Mitspracherechte durch das Lancieren von Referenden und Initiativen. Mitbestimmung ist etwas anderes als Mitsprache. Dehnt man die Mitbestimmungsrechte auf weitere Gruppen aus, fürchten die bisherigen Wahlberechtigten, überstimmt zu werden. Die Ausweitung der Mitspracherechte hingegen bringt nur Vorteile.

«Die intensivere  
Debatte bringt  
vor allem bessere  
Entscheide.»

Die Schweiz sollte deshalb den Ausländern Mitsprache durch volles Initiativ- und Referendumsrecht geben, indem sie beispielsweise nach zwei Jahren Aufenthalt in der Schweiz ebenfalls Initiativen und Referenden unterschreiben können. So könnten sie ihre Anliegen wirkungsvoll in die politischen Debatten einbringen. So lernten die Inländer die Anliegen der Ausländer besser kennen und sie könnten sie in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Die Ausländer würden früher integriert, ihre Verbundenheit mit dem Staat stiege.

Wohl am wichtigsten aber ist die Wirkung auf die öffentlichen Diskussionen. Je grösser der Anteil politisch interessierter Menschen wird, desto attraktiver wird es, über Politik zu berichten und zu diskutieren. Die intensivere Auseinandersetzung bringt vor allem eines: bessere politische Entscheide. Das Modell könnte auch auf Jugendliche oder Berufspendler angewendet werden. Mitspracherechte könnten ihnen problemlos gegeben werden. Vielfach würde sich wohl zeigen, dass diese Gruppen ganz ähnlich denken wie die angestammten Stimmberechtigten. Grössere Meinungsunterschiede hingegen würden den politischen Prozess befruchten.

Auch die Standortattraktivität und das internationale Ansehen der Schweiz würden so gestärkt. Zuwanderer hätten schon nach wenigen Jahren starke politische Rechte, die sie in ihren Heimatländern nicht haben. Wer hier Initiativen und Referenden auslösen kann, wird dieses Recht bald auch in seiner Heimat einfordern. So könnte die Schweiz auch helfen, Demokratie und Lebensqualität in der EU zu fördern.

In dieser Kolumne schreiben Isabel Martínez, Ökonomin an der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, sowie «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner.